

Tongruben-Erweiterung ungewiss

Noch viele Unklarheiten: Umweltausschuss erteilt kein Einverständnis / Bürger äußern Bedenken

VON MAREIKE PATOCK

■ **Spenge-Wallenbrück. Branton-Schiefer ist in Ziegeleien ein begehrtes Material: Sie stellen daraus zum Beispiel Dachpfannen her. Am Helliger Weg in Wallenbrück wird der Rohstoff seit vielen Jahren abgebaut, allerdings ist die bestehende Grube weitgehend ausgebeutet. Die Betreiberfirma Stork aus Hiddenhausen will das Abbaugelände darum in westlicher Richtung erweitern. Die Stadt gibt ihr Einverständnis dafür nicht. Das letzte Wort hat jedoch eine andere Behörde.**

Spätestens in einem halben Jahr sei der Ton in der jetzigen Grube abgebaut, sagte der mit der Planung beauftragte Landschaftsarchitekt Rainer Brokmann jetzt im Umweltausschuss. Die Firma Stork will darum künftig direkt westlich von der jetzigen Grube nach dem Rohstoff schürfen. Der Ton habe dort eine gute Qualität, „weil er sehr wenig Organik enthält“, sagte Brokmann.

Die Erweiterungsfläche habe eine Größe von knapp sechs Hektar. Jährlich sollen etwa 23.000 Kubikmeter Ton gefördert werden. „Daraus ergibt sich ein Abbauezeitraum von circa acht Jahren.“ Um das Material abzufahren, würden die Grube etwa 20 Lkw pro Tag ansteuern.

Zahlreiche Anwohner verfolgten die Sitzung. Schon im Vorfeld hatten viele von ihnen in einer Stellungnahme Bedenken angemeldet. Zum einen befürchteten sie Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel. Zum anderen erwarten sie durch die Erweiterung der Abgrabungsfläche bis zur Jellinghausstraße eine „erhebliche Beeinträchti-

gung der Wohnqualität durch Geräuschemissionen“. Sie fordern darum ein Lärmgutachten.

Brokmann ging davon aus, dass die Lärmgrenzwerte eingehalten werden können. Ein Lärmgutachter werde aber noch beauftragt. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, um die Beeinträchtigung für die Anwohner so gering wie möglich zu halten. Man könne etwa darüber nachdenken, zum Friedhof hin Wälle aufzuschütten.

Für die Politiker gab es aber

gerade auch im Hinblick auf die umwelt- und wasserrechtliche Situation Unklarheiten. „In puncto Grundwasser sind noch nicht alle Fragen geklärt“, sagte Lars Hartwig (CDU).

Auch Bürgermeister Bernd Dumcke betonte: „Wir haben in unserem Haus nicht die Fachkompetenz, die Situation zu beurteilen.“ Die Verwaltung könne also auch nicht zu belastbaren Ergebnissen kommen, ob das Grundwasser durch den Abbau berührt werde. Das müsse nun der Kreis prüfen.

Auch einen weiteren Punkt sahen die Politiker kritisch: Westlich an die bestehende Tongrube grenzt ein Grasweg, der auch gerne von Spaziergängern oder Reitern genutzt wird. Wenn die Tongrube nach Westen hin erweitert wird, werden in der letzten Phase des Abbaus schwere Lkw diesen Weg queren. Für Dumcke ein „No-go“: „Begegnungsverkehr zwischen Groß-Lkw und Menschen, die dort Erholung suchen, ist für mich inakzeptabel.“

Wegen der vielen kritischen Punkte votierten die Politiker einstimmig dagegen, das gemeindliche Einverständnis zu dem Projekt zu erteilen. Letztlich entscheide aber der Kreis Herford darüber, ob die Genehmigung für die Erweiterung erteilt werde, sagte Dumcke. „Wir als Kommune haben da keinerlei Veto-Recht.“ Dumcke hat jedoch die Hoffnung, dass der Kreis das Vorhaben noch umfanglicher prüfen werde, wenn die Stadt ihr Einverständnis nicht erteilt habe.

Bodenschatz

■ Im Regionalplan des Regierungsbezirks ist die geplante Erweiterungsfläche als Gebiet für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen dargestellt. Das Rohstoffvolumen wird laut Brokmann mit 185.000 Kubikmetern veranschlagt.